

nr. 3 – juli/august 2025

ecke köpenicker

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Die Luisenstadt hat bekanntlich viele interessante Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Buchhandlung am Moritzplatz.

Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Köpenicker, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net. Bitte vergessen Sie auch die Absenderadresse nicht! Einsendeschluss ist Montag, der 25. August 2025. Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Detail des Kraftwerks an der Michaelkirchstraße. Gewonnen hat Christa Brennecke – herzlichen Glückwunsch! Der Gutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

21. Juni: Waisenbrückentag

Am 21. Juni findet neben der stadtweiten »Fête de la Musique« auch der diesjährige Waisenbrückentag am Märkischen Ufer statt. Die »Allianz Neue Waisenbrücke« feiert gemeinsam mit dem Stadtmuseum Berlin.

Umsonst und draußen gibt es am Samstag, den 21. Juni am Märkischen Platz von 16 – 20 Uhr ein buntes Programm: Gemeinsam mit der Comic-Künstlerin Aisha Franz kann man an der Gestaltung eines riesigen Banners mitmachen oder aber sich porträtieren lassen, Eis essen, Tischtennis spielen, picknicken oder über das zukünftige Marinehaus und Märkische Museum reden.

Ab 18 Uhr gibt es ein Programm mit der Musikschule Fanny Hensel und dem Shanty Chor Köpenick sowie Beiträge zur Zukunft des Kiezes mit der »Allianz Neue Waisenbrücke«. Auch andere Orte in der Luisenstadt beteiligen sich an der diesjährigen

Fête de la Musique – darunter das gesamte Aufbau-Haus am Moritzplatz, das mit einem opulenten Programm unter dem Titel »Fête de la Moritzplatz« von 10.30 bis 22 Uhr das 10jährige Bestehen des Anbaus feiert.

Ab 16 Uhr wird auch am Bärenzwinger musiziert (im Köllnischen Park, Rungestraße 30).

Die nächste Ausgabe

der Ecke Köpenicker erscheint Ende August 2025.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/team/stadtteilzeitung

Unser Titelbild...

... entstand am »Tag der Städtebauförderung« auf dem Dach des Bauprojekts »Elements« an der Michaelbrücke.

INHALT

Seite 3 Kiezblock Luisenstadt

Seite 4 Was sind Städtebauliche Verträge?

Seite 5 Städtebaulicher Vertrag Spreefeld

Seite 6 Städtebaulicher Vertrag Köpenicker Straße 36–38

Seite 7 Margot Bendheim und die Luisenstadt / Nachrichten

Seite 8 Neues vom Bürgerverein / Veranstaltungen

Seite 9 Bärenzwinger + Leserbrief

Seite 10 Historische Kolumne

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** Senat blockiert Kiezblocks
- **Seite 12** Verkehrsstudie, Teil 2: Fuß- und Radverkehr in Mitte
- **Seite 13** Der Bezirk sagt dem Müll den Kampf an
- **Seite 14** Bezirksnachrichten

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Feser, www.capadesign.de

Druck: Möller Pro Media

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Kiezblocks kommen

Nördliche Luisenstadt vom Stopp der Verkehrssenatorin nicht betroffen

Die Kiezblocks der Nördlichen Luisenstadt sind von den Anweisungen der Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) nicht betroffen (siehe auch S. 11). Denn sie werden aus anderen Mitteln finanziert als die meisten anderen Kiezblocks in Mitte, die derzeit in Planung sind.

Die Bürgerbeteiligung für die Kiezblocks der Nördlichen Luisenstadt hat sehr umfangreich stattgefunden und wurde mit einer Informationsveranstaltung am 16. Dezember 2024 in der Aula der Grundschule Adalbertstraße abgeschlossen. Noch im Jahr 2025 sollen insgesamt drei größere Maßnahmen umgesetzt werden. Gefördert wurde das Projekt »KlimaKieze« mit rund 300.000 Euro vom Bundesumweltministerium, wissenschaftlich begleitet wurde das Projekt durch das Forschungszentrum für Nachhaltigkeit in Potsdam und die Universität Heidelberg. Folgende Maßnahmen wurden dabei priorisiert und sollen noch in diesem Jahr umgesetzt werden:

Modalfilter auf der Kreuzung Alte Jakobstraße und Kommandantenstraße [Abb. rechts oben]:

Diagonal über die Kreuzung verläuft dabei eine Reihe aus Pollern, die von Radfahrenden problemlos passiert werden kann. Der motorisierte Verkehr muss aber abbiegen, die beiden Straßen sind für ihn nicht mehr durchgehend zu passieren, der Durchgangsverkehr wird damit unterbunden. Der Kreuzungsbereich ist ziemlich eng und liegt zudem in der Nähe der Bundesdruckerei, deren Belange aber berücksichtigt wurden. Mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der keine eigenen Kiezblock-Projekte verfolgt, erfolgt eine Abstimmung.

Einbahnstraße und Verengung der Alten Jakobstraße [Abb. rechts mittig]:

Die Alte Jakobstraße wird Einbahnstraße und nur noch in Richtung Südwest befahrbar. Zugleich wird der Bereich der Einmündung der Straße in die Köpenicker bzw. Inselstraße (Schulze-Delitzsch-Platz) verengt, so dass den Verkehrsteilnehmenden die neue Regelung auch intuitiv deutlich wird. Die Verengung erfolgt vor allem durch eine neue Parkanordnung, die die Zahl der Parkplätze in diesem Bereich sogar noch erhöht. Die Linienbusse 146 und 246 fahren wie bisher durch die Alte Jakobstraße zu ihrer Endhaltestelle Märkisches Museum und dann über die Wallstraße wieder zurück.

Schleife am Michaelkirchplatz [Abb. rechts unten]:

Nördlich des Michaelkirchplatzes wird der Durchgangsverkehr blockiert. Für den Verkehr aus Richtung der Michaelkirchbrücke endet die Michaelkirchstraße in einer Schleife rund um den »Sechseckplatz« nördlich der Michaelkirche. Der Verkehr aus der Melchiorstraße muss nach Süden in Richtung Leuschnerdamm abbiegen, der aus der Schmidstraße in Richtung Legiendamm. Zwei kleinere Abschnitte der Straße »Michaelkirchplatz« werden zum Fuß-

gänger- und Radfahrbereich, sie werden entsiegelt und zu Aufenthaltsflächen umgestaltet, auch »Grüne Gullys« sollen entstehen, die das Regenwasser vom versiegelten Fahrbahnbereich in den Boden leiten und somit den Pflanzen zur Verfügung stellen.

Ausführliche Informationen finden sich auf der Website des Straßen- und Grünflächenamtes Mitte.





Ch. Eckelt

Städtebauliche Verträge im Sanierungsgebiet

In der Nördlichen Luisenstadt wurden besonders viele abgeschlossen

Der Zeitrahmen des Sanierungsgebietes Nördliche Luisenstadt schließt sich. Zum Jahreswechsel 2026/27 endet der Zeitraum, der am 15. März 2011 in der »Zwölften Verordnung über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten« vom Senat festgelegt worden war. Bereits begonnene Projekte können zwar noch einige Jahre weiter gefördert werden, der besondere rechtliche Status als »Sanierungsgebiet« läuft aber aus.

Denn in Sanierungsgebieten hat nach dem Baugesetzbuch die Gemeinde besondere Genehmigungsvorbehalte. Für ein Bauvorhaben benötigt ein Bauherr dort nicht nur eine normale Baugenehmigung, sondern darüber hinaus auch eine »sanierungsrechtliche Genehmigung«. Dann prüfen die Bezirke, ob das beantragte Vorhaben den festgesetzten Sanierungszielen entspricht oder ihnen zuwiderläuft, und versagen im Zweifelsfall ihre Zustimmung.

Bei größeren Bauvorhaben werden deshalb oftmals »städtebauliche Verträge« zwischen Kommune und Bauherren abgeschlossen. In denen erteilt die Kommune (in Berlin in der Regel der Bezirk) alle notwendigen Genehmigungen, im Gegenzug verpflichtet sich der Bauherr zur Umsetzung des Projekts, so wie es im Vertrag beschrieben ist. Wenn das Grundstück weiterverkauft wird, gehen die Verpflichtungen aus städtebaulichen Verträgen automatisch an die neuen Eigentümer über. Im Gegenzug erlischt eine im städtebaulichen Vertrag erteilte Baugenehmigung nicht wie sonst nach zwei Jahren. Wenn sich also die baurechtlichen Vorschriften ändern, hat das keine Folgen für das Baurecht auf dem Grundstück.

Für die Bauherren ist es mit einem städtebaulichen Vertrag zumeist einfacher, weitere Investoren oder Kreditgeber für das Vorhaben zu finden. Im ehemaligen Westberlin entwickeln Bauherren und Bezirk meist gleichzeitig mit dem städtebaulichen Vertrag auch einen neuen Bebauungsplan, der das Baurecht auf dem jeweiligen Grundstück fest schreibt. Dort gibt es nämlich nur noch wenige Flecken, für die nicht schon irgendwann ein Bebauungsplan aufgestellt wurde, und selbst in denen schreibt dann der Baunutzungsplan von 1960 bestimmte Nutzungsarten vor. Oft sind diese allerdings nicht mehr zeitgemäß – beispielsweise, weil Investoren heute funktional gemischte Stadtviertel bevorzugen, in denen sowohl gearbeitet als auch gewohnt werden kann. Die alten baurechtlichen Festsetzungen sind aber häufig vom inzwischen obsoleten Leitbild der funktional getrennten, autogerechten Stadt geprägt. Deshalb einigt man sich in der Praxis bei größeren Projekten inzwischen meist darauf, gemeinsam eine neue Bauleitplanung zu entwickeln und diese in einem städtebaulichen Vertrag auch gleich zivilrechtlich zu verankern.

Im Osten ist das Dickicht der baurechtlichen Festschreibungen sehr viel dünner als im ehemaligen Westberlin. Oft muss ein neues Bauvorhaben genehmigt werden, wenn es sich »in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt« (§34 BauGB). Im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt ist diese Eigenart aber schwer zu bestimmen, denn hier grenzt ja ein gründerzeitliches Wohngebiet an ein historisch gewachsenes Industriegebiet und an ein Plattenbaugebiet der DDR-Moderne. Gleichzeitig gab es im ehemaligen Grenzgebiet viele brachliegende Flächen und enormes Entwicklungspotenzial.

Deshalb wurden in der Nördlichen Luisenstadt in den vergangenen 15 Jahren besonders viele städtebauliche Verträge ausgehandelt und abgeschlossen. Mit dem Auslaufen des Sanierungsgebiets steht das Land jetzt vor einem Problem. Denn wenn die Sanierungsverwaltung nicht mehr über die Einhaltung der Verträge wacht und niemand in der Verwaltung mehr die Hintergründe dieser Verträge kennt, dann drohen die getroffenen Vereinbarungen an Wirkkraft zu verlieren – insbesondere, wenn die Eigentümer der Grundstücke wechseln. Auf den folgenden Seiten stellen wir zwei dieser Projekte vor: das Spreefeld und die Köpenicker Straße 36/38. In der nächsten Ausgabe der »ecke köpenicker« wird die Serie mit weiteren Projekten fortgesetzt.

cs

STÄDTEBAULICHE VERTRÄGE

Teil 1: Spreefeld e.G.

Ein kniffliges Grundstück für ein alternatives Wohnprojekt

Schon ein Jahr nach der Festsetzung des Sanierungsgebietes Luisenstadt wurde 2012 ein städtebaulicher Vertrag über die bauliche Entwicklung eines besonders vertrackten Geländes am Ufer der Spree abgeschlossen. Es führte damals die seltsame Adresse »Köpenicker Straße 48, 49 (hinten)«, lag brach und hatte keine eigene Anbindung an das öffentliche Straßenland. Es war der hintere Teil der ehemaligen Maschinenfabrik Karl Jung in der Köpenicker Straße 48/49, in der einst die ersten Traktoren (»Motorpflüge«) Deutschlands hergestellt worden waren. Nach dem Krieg wurde hier in einem Volkseigenen Betrieb Herrenoberbekleidung produziert, 1995 eröffnete in einem Teil des historischen Fabrikgebäudes das Deutsche Architekturzentrum (DAZ). Der hintere Teil des Grundstückes an der Spree wurde abgetrennt und verblieb zunächst in der Verwaltung des Bundes.

Genossenschaft erwarb Problemgrundstück

Erworben hatte es schließlich eine Gruppe aus der lokalen Kreativszene der 1990er und 2000er Jahre, die damals das Spreeufer zu einem Hotspot der Berliner Klubkultur entwickelt hatte und in dem Bereich ein alternatives Wohnprojekt aufbauen wollte. Ursprünglich hatte sie die benachbarte Alte Seifenfabrik im Auge. Als das scheiterte, weckte das unbebaute Grundstück daneben ihr Interesse, das von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimA) verwaltet wurde.



Ch. Eckelt

Um hier Baurecht zu erhalten, mussten jedoch mehrere Teile des Grundstücks an das Land Berlin abgetreten werden: die seitlich verlaufende Zufahrt, wo später der Wilhelmine-Gemberg-Weg entstand, und der Bereich entlang des Spreeufers, wo derzeit der öffentliche Uferweg errichtet wird. In der Gruppe, die sich inzwischen zur »Genossenschaft Spreefeld e.G.« formiert hatte, stieß dieser öffentliche Uferweg auf wenig Gegenliebe. Man war zwar mit dem öffentlichen Wegerecht im Uferbereich einverstanden, wollte aber selbst über die Gestaltung entscheiden. Heute ist man vermutlich froh über die Abtretung dieses Grundstücksteils: Bei einem ähnlich gelagerten Fall wurde nämlich inzwischen gerichtlich entschieden, dass der Eigentümer des Grundstücks (also jetzt das Land Berlin) und nicht der der Wasserstraße (hier der Bund) für die erheblichen Kosten der dringend erforderlichen Sanierung der Spundwände aufkommen muss, die die Uferböschung abstützen.

Sensationell niedrige Baukosten

Die ursprüngliche Gesamtfläche des Grundstücks schrumpfte durch die Abtretungen um etwa 40 %. Auf dem verbliebenen Grundstücksteil von rund 4000 Quadratmetern errichtete die Spreefeld e.G. in rund zweijähriger Bauzeit drei Baukörper von zusammen etwa 7.800 Quadratmetern Nutzfläche. Der größte Teil wird von den Mitgliedern der Genossenschaft bewohnt, im Erdgeschoss finden sich aber auch eine Kita und diverse Gemeinschafts- und Versammlungsräume, die auch von Außenstehenden genutzt werden können.

In der Genossenschaft war auch erhebliche architektonische Kompetenz vertreten. Gebaut wurde in einem Mix aus Holz und Beton. Die Baukosten von rund 2100 Euro/qm waren schon Mitte der 2010er Jahre sensationell niedrig und sind heutzutage in Berlin kaum noch vorstellbar. Unterstützt wurde die Finanzierung u.a. über die Förderung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen, was es auch weniger begüterten Menschen ermöglichte, der Spreefeld e.G. beizutreten.

Der Städtebauliche Vertrag ist heute in allen wesentlichen Punkten erfüllt. An der Planung des Spreeuferweges hat sich die Hausgemeinschaft des Wohnprojektes aktiv beteiligt, wobei der öffentliche Weg und die privat genutzten Flächen offen ineinander übergehen. Der Genossenschaft gehört auch der denkmalgeschützte Bunker des ehemaligen Bootshauses der DDR-Grenztruppen auf dem Gelände, der Teil der noch erhaltenen Grenzschutzanlagen in diesem Bereich ist.

In einigen Jahren, wenn ein durchgängiger Uferweg zwischen Jannowitzbrücke und Schillingbrücke fertig gestellt ist und das Spreefeld nicht mehr fußläufig in einer Sackgasse liegt, wird der Bereich wohl wesentlich belebter werden als heute. Touristengruppen direkt vor der Haustür werden vermutlich nicht allen Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohnprojektes gefallen. Es war aber allen von Anfang an klar, dass es so kommen wird.

cs

STÄDTEBAULICHE VERTRÄGE

Teil 2: Köpenicker Straße 36/38

Nach fast einem Vierteljahrhundert tut sich immer noch nichts

Seit dreiundzwanzig Jahren wartet Berlin auf den Neubau von mehreren hundert Wohnungen auf dem Grundstück Köpenicker Straße 36/38 – bislang vergeblich. Dabei wurde das bereits 2002 in einem städtebaulichen Vertrag zugesichert: Als eines der ersten Vorhaben des Investorenkonglomerates »Mediaspree« war 2002 der erste Bauabschnitt des Projektes »Spreeport« fertig gestellt. Das klotzige Bürogebäude wurde später von der Bundeszentrale der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und bis Ende 2023 von ver.di Berlin-Brandenburg genutzt. Der versprochene Wohnanteil, zu dem sich die damaligen Grundeigentümer 2002 in einem ersten städtebaulichen Vertrag verpflichtet hatten, sollte anschließend in einem zweiten Bauabschnitt auf dem benachbarten Grundstück Köpenicker 36/38 umgesetzt werden.

Realisiert wurde hier aber bisher lediglich der »Bona-Weiser-Weg«, eine Privatstraße zur Erschließung der hinteren Grundstücksbereiche. Und im Jahr 2018 wurde der von Künstlerinnen und Künstlern genutzte Plattenbau des ehemaligen VEB Baureparaturen Berlin-Mitte (später A.L.E.X. Bau GmbH) auf dem vorderen Grundstücksteil abgerissen. Damit wurde ein bevorstehender Baubeginn aber nur symbolisiert. Seit sieben Jahren liegt das Grundstück brach. Und das, obwohl im Oktober 2015 ein neuer städtebaulicher Vertrag zur Entwicklung der Köpenicker 36/38 ausgehandelt und abgeschlossen worden war, der die alten

Verpflichtungen von 2002 mit den Zielen des neuen Sanierungsgebietes Nördliche Luisenstadt und den Interessen des inzwischen gewechselten Grundstückseigentümers in Einklang bringen sollte. Im Juli 2020 wechselte der Eigentümer erneut und einige Passagen dieses Vertrages wurden im Einklang mit dem Bezirk geändert. Jetzt sollen auf dem Gelände drei größere Baukörper entstehen: mit etwa 300 Wohnungen, aber auch Büroräumen, einem mittelgroßen Einkaufsmarkt von knapp 800 Quadratmetern Verkaufsfläche, einer Kita und einem größeren auch von der Nachbarschaft im Umfeld nutzbaren Spielplatz, der das große Defizit von Grünflächen im Gebiet etwas abmildert.

Mehrere Umstände verhinderten immer wieder die Realisierung dieses Vorhabens. Zum einen gelang es bisher nicht, die notwendige Zustimmung der Eigentümer des benachbarten ersten Bauabschnitts des »Spreeports« zu erhalten, die Wege- und Leitungsrechte für den Bona-Weiser-Weg besitzen. Zum anderen blockierte die stürmische Entwicklung der Bodenpreise den Bau. Der Bodenrichtwert im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt stieg von 500 Euro/qm am Anfang des Jahres 2012 auf 7000 Euro/qm zu Jahresbeginn 2022, also innerhalb von nur zehn Jahren auf das Vierzehnfache. Man konnte diesen Gewinn auch einfach abschöpfen, indem man das Grundstück verkaufte, anstatt das unternehmerische Risiko einer Bebauung einzugehen.

Das passierte in dieser Phase gleich mehrfach: zuletzt im Herbst 2017, als der Bodenrichtwert für das Sanierungsgebiet gerade die Marke von ca. 4000 Euro/qm überschritten hatte. Später wechselte nicht mehr die Liegenschaft selbst, sondern nur Besitzanteile der im Grundbuch eingetragenen Grundstücksgesellschaft.

Seit 2022 fallen die Bodenwerte aber wieder. Die Phase extrem niedriger, in Deutschland zum Teil sogar negativer Zinsen wurde nach dem Beginn des Ukrainekrieges und dem Ende der billigen Öl- und Gaslieferungen aus Russland abrupt gestoppt. Zu Jahresbeginn 2025 jedenfalls durchbrach der Bodenrichtwert für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt erneut die Marke von 4.000 Euro/qm – aber diesmal nach unten. Innerhalb von drei Jahren hat sich der Bodenwert im Gebiet also wieder in etwa halbiert.

Ob das die Bereitschaft fördert, sich endlich im Nachbarschaftsstreit zu einigen und die seit fast einem Vierteljahrhundert fest versprochenen Wohnungen zu errichten? Manch einer hat seine Zweifel, denn zusätzlich zu den gestiegenen Zinsen erschweren auch sinkende Bodenwerte die Finanzierung von Immobilienprojekten, weil dann weniger Sicherheiten zur Verfügung stehen.

Das Beispiel zeigt: Extreme Schwankungen der Bodenwerte wie in den vergangenen 15 Jahren sind regelrecht Gift für die Baukonjunktur. Das ist auch einer der Gründe dafür, warum nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland, ja sogar fast überall in Europa und in der westlichen Welt die Bezahlbarkeit von Wohnraum derzeit ein großes Politikum ist. cs



Margot Friedländers Geschichte in der Luisenstadt

Blumen liegen am Stolperstein für Margot Friedländer, die kürzlich im Alter von 103 Jahren in Berlin verstarb. Der Stolperstein vor der Skalitzer Straße 32 markiert ihren letzten offiziellen Wohnort, bevor sie im Januar 1943 nach der Deportation ihres Bruders und ihrer Mutter untertauchte, im Frühjahr 1944 von der Gestapo verhaftet und später nach Theresienstadt deportiert wurde.

Die Wohnung in der Skalitzer Straße 3 war nicht selbst gewählt – es war eine sogenannte »Judenwohnung«. Ab 1939 musste fast die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Berlins ihre bisherigen Wohnungen verlassen. Sie wurden als Untermieter in Wohnungen eingewiesen, in denen bereits andere Jüdinnen und Juden wohnten, und wurden so in Mietshäusern insbesondere in der Innenstadt konzentriert. Meist waren die Zwangswohnungen der letzte Wohnort vor der Deportation und Ermordung. Ihre früheren Wohnungen samt dem zwangsweise zurückgelassenen Mobiliar wurden von »Ariern« in Besitz genommen.

Dabei waren die Kinder- und Jugendjahre von Anni Margot Bendheim, wie sie damals hieß, auch eng mit der Luisenstadt verbunden. Sie kam am 5. November 1921 als Tochter von Arthur Bendheim und seiner Frau Auguste, geb. Gross, in Berlin zur Welt. Margots Mutter Auguste hatte bis zur Geburt ihrer Tochter einen Knopfladen in der Neuen Grünstraße in Berlin-Mitte geführt. Ihr Mann baute das Geschäft zu einem sehr erfolgreichen Engroshandel für Knopfmaschinen und Zubehör aus, und die nun finanziell gut gestellte Familie zog von ihrer bisherigen Wohnung in der Lindenstraße in eine repräsentative 11-Zimmer-Wohnung in der Neuen Friedrichstraße (vermutlich in der heutigen Littenstraße in der Nähe der Waisenbrücke) um. Margot besuchte von 1931 bis 1936 die jüdische Mittelschule in der Großen Hamburger Straße. Als sich ihre Eltern 1937 scheiden ließen, verließ die Mutter mit den Kindern Margot und Ralph die große Familienwohnung, sie bezogen zwei Zimmer in der Pension Mandowsky am Ludwigkirchplatz in Charlottenburg. Im November 1938 verlor

Margot ihren Ausbildungsplatz in Berlin-Schöneberg, weil ihr Ausbilder Heinz Nathanson sein Geschäft infolge des Novemberpogroms aufgeben musste. Fortan nähte sie für den Jüdischen Kulturbund in der Kommandantenstraße 57 Kostüme. Nach der Auflösung des Kulturbundes wurde sie 1941 zur Zwangsarbeit in den Deuta-Werken in der Oranienstraße 25, einem rüstungsrelevanten metallverarbeitenden Betrieb, verpflichtet. Noch im selben Jahr musste sie mit ihrer Mutter Auguste und ihrem Bruder Ralph in die »Judenwohnung« in die Skalitzer Straße 32 nach Berlin-Kreuzberg umziehen.

Am 29. Januar 1943 wurden Auguste und Ralph Bendheim mit dem »27. Osttransport« nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Margot überlebte Theresienstadt und emigrierte mit ihrem Mann Adolf Friedländer 1946 in die USA. Sie starb am 9. Mai 2025 in Berlin, wohin sie im Jahr 2010 zurückgekehrt war. us

LESER-ECKE

Zu: Zerstörte Mauer am Engelbecken

Sehr geehrte Redaktion, ich las jetzt ein Informationsblatt am Zaun um die Unfallstelle, dass »mit Hochdruck« an der Wiederherstellung gearbeitet wird und das Ganze 2028 fertig sein soll. Das kann doch nur ein Witz sein, oder hat man sich mit dem Jahr vertan? Vielleicht können Sie da mal nachhaken und in der Ecke informieren, das interessiert ja viele Menschen. Besten Dank im voraus und freundliche Grüße, Sabine Lindig

Liebe Frau Lindig, wir haben Ihre Frage an das Stadtentwicklungsamt Mitte weitergegeben. Das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt (SGA) teilte nun Folgendes mit:

»Der von Ihnen beschriebene Zettel ist ein Fake und nicht vom SGA, sondern eher ein schlechter Scherz. Vor Ort ist das Schild »Baustelle« vorhanden, dieses wurde vom SGA aufgestellt.

Bereits im Dezember letzten Jahres wurde ein öffentlich bestellter Gutachter beauftragt, die Schadenssumme festzustellen. Es liegt nun eine belastbare Zahl vor, die vor Gericht und für eine Ausschreibung der Instandsetzung demnächst benötigt wird. Weil die Versicherung des Unfallverursachers nicht bezahlen möchte bzw. Anfragen ignoriert, ist vermutlich der Weg der gerichtlichen Auseinandersetzung unvermeidbar. Die Stadt hat kein Geld und kann somit nicht in Vorleistung gehen bzw. eine Ersatzvornahme erstellen. Insofern muss das Geld von der Versicherung des Unfallverursachers kommen.

Neben der Mauer ist auch die Metallpergola unten stark beschädigt, darüber hinaus sind inzwischen Vandalismuschäden entstanden (Bänke, weitere Schäden an der Mauer). Anfang Juni hat eine Räumung der Unfallstelle stattgefunden, der Weg ist nun begehbar, die Pergola geräumt. Die Unfallstelle ist abgesichert (auch kindersicher), die Absperren sind mit der Mauer verschraubt.« us





Wasser Freitag

Die Planschensaison ist eröffnet: Am 3. Juni gingen die Wasserspielplätze in Mitte in Betrieb. Die der Luisenstadt nächstgelegene Plansche befindet sich in der Singerstraße, sie wurde erst im letzten Jahr nach umfangreicher Sanierung und Neugestaltung wieder eröffnet. Weitere Planschen in Mitte-alt gibt es in der Weydemeyerstraße, im Volkspark am Weinbergsweg (für Luisenstädter schnell erreichbar mit der U8) und an der Invalidenstraße / Eichendorffstraße. Der Betrieb der Planschen und Wasserspielplätze erfolgt ab einer Temperatur von 25 °C in der Zeit von 10 bis 18 Uhr. Grundlage für die Temperaturvorhersage ist die tagesaktuelle Information der Abendschau des rbb. Achtung: bei Unwetter- oder Gewitterwarnung sind die Planschen außer Betrieb!

Berliner Höfe

Fotoaufruf des Stadtmuseums Berlin

Berlins Höfe sind nicht nur Wendeflächen für die Feuerwehr oder Stellplätze für Fahrzeuge und Mülltonnen. Sie sind auch Orte der Arbeit, des Alltags, der Betriebsamkeit und der Entspannung, Orte der Gemeinschaft, an denen Menschen sich begegnen, miteinander spielen oder sich zum Protest zusammentun. Wie sieht Ihr Berliner Hof aus? Aus Anlass der Sonderausstellung »Berliner Höfe« im 3. Obergeschoss des Museums Ephraim-Palais ruft das Stadtmuseum Berlin wieder dazu auf, bei seinem Beteiligungsprojekt »Berlin jetzt!« mitzumachen. Alle Fotografie-Begeisterten sind eingeladen, ihre persönlichen Perspektiven auf Berlins Höfe einzusenden. Fotografien, in denen die Berliner Höfe von heute und damit auch ein Stück des Wesens und des Lebensgefühls Berlins eingefangen sind. Ganz gleich, ob Sie als Hobby fotografieren, Profi sind oder Ihre Foto-Leidenschaft gerade erst entdecken: Ihre Perspektiven auf die Vielfalt der Berliner Höfe sind wichtig. Ihre Fotos können Sie bis zum 1. Juli 2025 einschicken. Eingesandte Fotos werden auf der Website des Stadtmuseums Berlin veröffentlicht. Ausgewählte Einsendungen werden außerdem in der Sonderausstellung »Berliner Höfe« gezeigt. Was bei der Einsendung zu beachten ist, finden Sie unter: www.stadtmuseum.de/sammlung/berlin-jetzt/berliner-hoefe. Dort können Sie die Bilder auch hochladen.

Neues vom Bürgerverein Luisenstadt

Sommerfest

Am Samstag, dem 28. Juni lädt der Bürgerverein Luisenstadt wieder zu seinem traditionellen Sommerfest ein. Wie immer findet es am Nachmittag und frühen Abend vor der und um die Michaelkirche statt. Alle Nachbarn und Interessierten sind herzlich eingeladen! Wie immer warten Info-Stände des Bürgervereins und anderer Akteure auf die Besucherinnen und Besucher, bei Bratwurst oder Kuchen, Kaffee und Tee und kühlen Getränken gibt es viele Gelegenheiten zu Gesprächen und Begegnungen.

Donnerstagsgespräche 60+ / Café in der Kita

Do, 26. Juni, 16.30–18 Uhr, »Erlesenes«: Literarisch-philosophischer Gesprächskreis. Gemeinsam darüber reden, was wir lesen und Austausch zu Büchern, Gedichten, Kurzgeschichten. Erfahren Sie, was Nachbarn gerade lesen bzw. erhalten Sie Anregung zu neuer Lektüre! Vorkenntnisse sind nicht notwendig. Lektüre wird gestellt. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Do, 24. Juli, 16.30–18 Uhr, »Herbstsemester«: Gemeinsamer Austausch über Themen wie Trauer und Einsamkeit, aber auch Wertschätzung oder Dankbarkeit. Es können auch Wunschthemen vorgeschlagen werden. Gesprächsangebot und professionelle Beratung mit Marlen Klocke, rechtliche Betreuerin, Sozialpädagogin und Trauerbegleiterin.

Ort: Kita »Schmidchen«, Schmidstraße 4, 10179 Berlin

Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht!

Der Bürgerverein wünscht sich neue Mitglieder. Die letzten Jahre brachten neue Herausforderungen. Die Arbeit ist spannend, aber so wie sich die Aufgaben ändern, sollte es auch die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen sein. Auch die Büropräsenz (Besuch derzeit nur nach Absprache per Mail) ist nur mit ehrenamtlichem Engagement zu leisten. Der Verein braucht engagierte Bürger aus beiden Teilen der Luisenstadt, um die alten und neuen Aufgaben bewältigen zu können. Rufen Sie an, mailen oder schreiben Sie, nähere Auskünfte und Aufnahmeanträge erhalten Sie auf Anforderung. Der Jahresbeitrag beträgt 12 €; Spenden sind willkommen und können steuerlich abgesetzt werden. Bürgerverein Luisenstadt e. V., Michaelkirchstraße 2, 10179 Berlin, Telefon (030) 279 54 08 (Anrufbeantworter) post@buergerverein-luisenstadt.de, www.buergerverein-luisenstadt.de

Kultur des Trauerns

Neue Ausstellung im Bärenzwinger

Noch bis 28. Juli ist im Bärenzwinger die Ausstellung »This, too, is a way of keeping each other close« zu sehen (dt.: »Auch so bleiben wir einander verbunden«). Sie widmet sich jenen Leben und Verlusten, die in der Gesellschaft vorherrschenden Trauer- und Erinnerungskultur oft unsichtbar und ungewürdigt bleiben. Welches Leben und Sterben berührt uns? Die künstlerischen Positionen reflektieren Formen des Trauerns und Gedenkens, die sich der ungleichen Anerkennung von Verlusten widersetzen. Dabei zeigen sie, wie insbesondere queeres und antikoloniales Trauern und Erinnern Gemeinschaft stiften und Fürsorge ausdrücken.

Wir wissen zwar nicht, wie man antikolonial trauert (kann man gegen etwas antrauern?), und nahmen bislang an, bei Trauer handele es sich um ein – nun ja – universelles Gefühl, aber vielleicht bietet die Ausstellung Aufklärung. Oder das Begleitprogramm, das Führungen, Vermittlungsangebote, sowie einen »Performance- und Diskurstag zum Thema queeres Trauern und Heilen« am 19. Juli umfasst. Am 21. Juni beteiligt sich der Bärenzwinger übrigens auch an der Fête de la Musique: Der Außenbereich des ehemaligen Tiergeheges wird zur Freilichtbühne, die Wiesen laden zum Picknick ein. Es wird darum gebeten, eigene Abfälle selbst zu entsorgen.

Los geht es um 16 Uhr mit Alternative Country der Berliner Singer-Songwriterin Jelena Brand. Um 17 Uhr folgt die Indie-Band Krisenmanagement. Ab 18.15 Uhr gibt es Surf-Grunge von Jochen, um 19.30 folgen Tango Bravo mit »tanzbarem Disco-Rock«. Den Abschluss macht die Post-Punk-Band ÖPNV ab 20.45 Uhr.

Bärenzwinger Berlin, Rungestraße 30, 10179 Berlin, Di–So: 11–19 Uhr



Nachbarschaftscafé im dialog 101

Seit einigen Monaten bietet das Team der Mobilen Stadtteilarbeit im KREATIVHAUS das »CAFÉmobil« im Stadteilladen dialog 101 an: Das Nachbarschaftscafé findet zweimal im Monat statt: immer am 2. und 4. Mittwoch von 14 bis 16 Uhr. In entspannter und natürlich nichtkommerzieller Atmosphäre gibt es Raum für Austausch, neue Bekanntschaften und spannende Gespräche. Wer möchte, kann gern Kuchen oder Kekse mitbringen, auch Gesellschaftsspiele sind herzlich willkommen! Egal, ob man neu im Kiez ist oder schon lange hier wohnt – jede und jeder ist willkommen und kann hier bei Kaffee oder Tee einen gemütlichen Nachmittag verbringen.

»CAFÉmobil« im Stadteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101 / Ecke Heinrich-Heine-Straße, jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, 14–16 Uhr

Stammtisch Luisenstadt

Beim »Stammtisch Luisenstadt«, der sich regelmäßig am zweiten Dienstag jedes Monats trifft, kann man nette Leute kennenlernen und Infos und Neuigkeiten aus dem Kiez austauschen. Die nächsten Stammtische finden am 8. Juli und am 12. August ab 18 Uhr im Restaurant Agora, Annenstraße 13 statt. Anmeldung erwünscht unter: stammtisch@buergerverein-luisenstadt.de, auch den monatlich erscheinenden Newsletter kann man unter dieser Mailadresse bestellen.

Gärtnern im Stadtgarten

Direkt vor dem Heizkraftwerk Mitte in der Köpenicker Straße 60 befindet sich seit 2017 der Pflanz was!-Stadtgarten der BEW Berliner Energie und Wärme. Der Garten wird gemeinsam mit der Nachbarschaft und allen anderen interessierten Gartenfreundinnen und -freunden liebevoll gepflegt. Alle sind herzlich eingeladen, vorbeizukommen, dafür muss man kein Profi sein. Die Gartenhelferinnen und -helfer vor Ort stehen euch zur Seite und schauen gemeinsam mit euch, welche Pflanze welche Pflege benötigt und was am jeweiligen Tag zu tun ist. Material und Arbeitsgeräte gibt es kostenfrei vor Ort. Der Stadtgarten ist dienstags bis sonntags von 12 bis 20 Uhr geöffnet.

Ab Ende Juni werden hier außerdem Workshops angeboten:

Am Samstag, dem 28. Juni geht es von 10 bis 12 Uhr um die Minze: Bei einem Impulsvortrag erfährt man Wissenswertes über verschiedene Minzarten und ihre Wirkungen. Im Anschluss kann man Minze-Roller herstellen, die Linderung bei Kopfschmerzen versprechen.

Am Samstag, dem 26. Juli geht es von 10 bis 12 Uhr um das Johanniskraut und seine Heilwirkung, am dem 23. August geht es von 10 bis 12 Uhr um heimische »Superfoods«, also um Beeren, Sprossen, Keimlinge und Wildkräuter.

Stadtmuseum Ahoi!

Vergangenheit und Zukunft auf einer Ansichtskarte

Auf wohl keiner Postkarte ist mehr Berliner Geschichte zu sehen als auf der hier abgedruckten. Das liegt hauptsächlich am Märkischen Museum, das wie eine gotische Backsteinkirche mit Kloster aussieht. In dem Turm kann man die Kirche von Havelberg erkennen und im Walmdach die Bischofsburg in Wittstock an der Dosse.

Die Waisenbrücke ist sogar Zukunftsmusik – man stelle sie sich als Fahrrad- und Fußgängerbrücke vor, wie sie hoffentlich in nicht ferner Zeit wieder die Spree überquert. Das fällt um so leichter, weil die Fußgänger auf dem Foto und vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht durch die Straßenverkehrsordnung auf Fußwege verbannt, sondern im Verkehr den Autos, Kutschen und Fahrrädern gleichberechtigt waren.

Will man einen Gast in Berlin mit einer schwierigen Frage zur Baugeschichte testen, dann kann man ihm die Karte zeigen oder besser gleich mit ihm zum Märkischen Museum spazieren. Im Köllnischen Park an der Rückseite sind Schaugiebel und Luftfenster voller Maßwerk zwischen Fialtürmchen (also schlanke, spitz zulaufende, flankierende Türmchen) zu sehen, alles in glänzenden, hell- und dunkelroten glasierten Ziegeln ausgeführt. Dort bitte man den Gast, das Baujahr dieses Gebäudes zu schätzen oder zumindest die Epoche seiner Entstehung.

Eigentlich wissen nur Kenner die richtige Antwort: 1899 begann der Bau, 1908 wurde er eröffnet. Alle anderen werden vermutlich, wenn sie in Bezug auf Architektur von norddeutschen Klöstern und Kirchen vorgebildet sind, eine Entstehungszeit zwischen 1200 und 1600 schätzen. Damit lägen sie nicht falsch, denn dieser Teil des Märki-

schen Museums von Ludwig Hoffmann ist eine Nachbildung der Katharinenkirche in Brandenburg an der Havel und zeigt also einen Baustil aus dem 15. Jahrhundert, die Backsteingotik.

Das Märkische Museum präsentiert auch mit seinem Gebäude die Berliner Geschichte. Seit 2023 ist es ein großer Segen, dass dem Gebäude die Geschichte nicht nur innen, sondern auch in die Außenwände eingeschrieben ist, denn seitdem ist das Haus geschlossen. Die Wiedereröffnung ist in so vielen Jahren geplant, dass man sich mit genaueren Zeitangaben lieber zurückhält. Damit verhindert man eine Wiederholung des Flughafen-Desasters, bei dem gefühlte 100 Eröffnungstermine abgesagt werden mussten.

Das Märkische Museums ist einmalig, von außen erinnert es mit seinen roten Backsteinen genauso an gotische Kirchen, märkische Burgen und Rathäuser wie an mittelalterliche Klöster. Jeder Rundgang um das Museum ist eine Zeitreise vom Mittelalter durch die Renaissance in die Gegenwart. Hier können die Berliner ihre Wurzeln in der Mark Brandenburg ansehen, ohne das Zentrum zu verlassen.

Mit der Waisenbrücke ist, wie eingangs erwähnt, auf dieser Postkarte nicht nur die Geschichte, sondern auch die Zukunft abgebildet. Denn es gibt Enthusiasten, die sie wieder aufbauen wollen.

Dafür gibt es viele Argumente. Durch eine neue Fußgänger- und Fahrradbrücke würde die Brückenstraße vom Fahrradverkehr entlastet werden. Das Märkische Museum wäre zu Fuß von seinen im Zentrum liegenden Dependancen zu erreichen, wozu das Ephraimpalais, das Knoblauchhaus und die Nikolaikirche im Nikolaiviertel gehören, und auf klimafreundliche Weise das Museumsquartier an das historische Zentrum anbinden.

Jeweils der längste Tag des Jahres, die Sommersonnenwende, ist Waisenbrückentag. Dann laden die Fête de la Musique und die Allianz Neue Waisenbrücke und auch die Stiftung Stadtmuseum auf den Märkischen Platz vor dem Märkischen Museum ein.

Dabei sind schon unterschiedliche Ensembles der bezirklichen Musikschule Fanny Hensel aufgetreten und der Shanty-Chor aus Köpenick. Das passt geografisch durchaus, denn auch das Marinehaus, auf der Postkarte links zu sehen, gehört zur Stiftung Stadtmuseum. O-Ton der Stiftung: »Im kreativen Ping-Pong mit dem benachbarten Märkischen Museum entsteht mit dem Marinehaus ein Kulturzentrum am Köllnischen Park, das Spaß macht und zum Mitmachen einlädt.« Dafür wagt es der Bauherr sogar, einen Termin für die Fertigstellung anzukündigen: 2028. Volle Kraft voraus! Berlin Ahoi! Falko Hennig

Der Autor lädt ein zum Stadtpaziergang durch die Luisenstadt, täglich 15 Uhr, 2h/€12,-, Anmeldung unter Telefon (0176) 20 21 53 39.

Links Marinehaus, im Vordergrund die Waisenbrücke und der Märkische Platz vor dem Märkischen Museum auf einer Ansichtskarte um 1910.



Seltsames Spiel mit dem Bezirk Mitte

Verkehrssenatorin macht Kiezblocks zum Politikum

Es dauert noch gut ein Jahr bis zur Wahl am 20. September 2026. Aber es scheint, als habe der Vorwahlkampf schon begonnen. Denn anders lässt sich kaum erklären, warum CDU-Senatorin Ute Bonde am 15. Mai den Bezirk Mitte schriftlich anwies, das aus Senatsmitteln finanzierte »Modellprojekt Fußverkehr Kiezblocks in Mitte« sofort zu beenden und alle Planungen einzustellen. Beim Koalitionspartner SPD stieß dies auf scharfe Kritik. Und in den Medien auf große Resonanz: selbst der Spiegel berichtete darüber.

Im Senat koalitiert die SPD mit der CDU, in der BVV Mitte bildet die SPD zusammen mit den Grünen eine Zählgemeinschaft. In der zugrunde liegenden Vereinbarung des Modellprojekts von 2021 ist die Einrichtung von Kiezblocks fest verabredet. »Prioritär sollen einfache Maßnahmen zur Reduktion des Durchgangsverkehrs (durch Diagonalsperren, Modalfilter und /oder Einbahnstraßen) sehr schnell umgesetzt werden«, so heißt es hier. Auch die Fraktion der Linken begrüßt die Kiezblocks, die CDU sieht sie kritisch, die AfD lehnt sie ab. Inzwischen sind erste Kiezblocks in den Gebieten rund um die Bellermannstraße im Ortsteil Gesundbrunnen sowie um die Brüsseler und um die Sprengelstraße im Ortsteil Wedding eingerichtet. Im Wedding Antonkiez sowie in der Nördlichen Luisenstadt (Ortsteil Mitte) steht die Umsetzung unmittelbar bevor. Und bis zum kommenden Frühjahr sollten eigentlich ein Dutzend weitere hinzukommen.

Dazu werden derzeit insgesamt 24 Kieze im Bezirk untersucht, deren Bewohnerinnen und Bewohner zunächst online und später durch öffentliche Rundgänge eingebunden wurden. Die Untersuchungen waren im vergangenen Jahr europaweit öffentlich ausgeschrieben worden. Fünf Bewerbungen waren eingegangen, mit einem Büro wurde ein Vertrag abgeschlossen. So hatte die Arbeit längst begonnen, als die Senatorin plötzlich das Ende aller Planungen anordnete. Die Finanzmittel waren also schon gebunden, es wäre töricht, die Ergebnisse nicht ausarbeiten zu lassen. Zu den 24 öffentlichen Rundgängen in den unterschiedlichen Kiezen kamen jeweils zwischen ca. 20 und über 70 Interessierte.

Kritik an den Kiezblocks kommt vor allem aus Reihen der Polizei und der Feuerwehr. Zwar können die Poller, die die Fahrbahn sperren, mit Hilfe eines geeigneten Schlüssels im Notfall umgelegt und anschließend überfahren werden. Das kostet aber Zeit. Dieser Zeitaufwand kann allerdings mit entsprechender Übung stark vermindert werden, zudem ermöglichen Durchfahrtssperren unter Umständen



Am 5. Mai bestätigte das Oberverwaltungsgericht (das OVG) die vom Bezirk im Jahr 2023 eingerichteten »Modalfilter« in der Tucholskystraße. Diese verhindern, dass Autos den Kiez zwischen Tor- und Oranienburger Straße direkt durchqueren können. Anwohner hatten gegen die Modalfilter geklagt und sich in erster Instanz sogar durchgesetzt. Das OVG gab aber nun dem Bezirk Recht.

sogar schnellere Rettungswege, wenn nämlich auf den Hauptverkehrsstraßen auch unter Blaulichteinsatz kein Durchkommen mehr ist, die Seitenstraßen in den Kiezen aber aufgrund der Kiezblocks für Einsatzfahrzeuge benutzbar bleiben. Die Sperren lassen sich zudem leicht wieder abbauen, wenn sich in der Praxis herausstellt, dass sie nicht die gewünschte Wirkung entfalten.

Für die Einrichtung der Sperren im Netz der Nebenstraßen sind eigentlich die Bezirke zuständig. Die Verkehrsverwaltung argumentiert jetzt, dass indirekt auch die Hauptverkehrsstraßen in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffen sind, weil diese wegen der Kiezblocks zu Stoßzeiten jetzt zusätzlich den Durchgangsverkehr durch die Kieze aufnehmen müssten.

Die Verwaltungsreform, die Berlin noch vor der Wahl beschließen will, soll eigentlich den ständigen Streit zwischen Senat und Bezirken über Zuständigkeiten beseitigen. Weil für diese Reform die Landesverfassung geändert werden müsste, benötigt sie freilich auch die Zustimmung der Grünen oder der Linken. Deshalb fragen sich Beobachter, ob sich die umstrittene Anweisung der Verkehrssenatorin nicht eigentlich gegen den christdemokratischen Regierenden Bürgermeister Kai Wegner wendet, der diese Reform zu seinem persönlichen Anliegen gemacht hat. Doch möglicherweise rudert die Verkehrssenatorin nun wieder zurück: Zuletzt ließ sie verlautbaren, sie sei dazu mit Mittes Verkehrsstadtrat Christopher Schriner (Grüne) »in guten Gesprächen«, um »zu einer sinnvollen Lösung zu kommen für die Bürgerinnen und Bürger in Mitte«. Zudem habe sie »keine Lust« auf rechtliche Auseinandersetzungen. Die würden drohen, wenn bereits geschlossene Verträge betroffen wären.



Ch. Eckelt

Wer Geld hat, fährt Rad

Ergebnisse der Verkehrsbefragung für Mitte, Teil 2

Je höher das Einkommen, desto häufiger nutzt man in Mitte das Fahrrad zur Fortbewegung. Das ist eines der überraschenden Ergebnisse der Studie »Mobilität in Städten« der TU Dresden. Die hatte im Jahr 2023 zum dritten Mal nach 2013 und 2018 die Bewohnerinnen und Bewohner von mehr als 100 Städten in Deutschland zu ihrem Verkehrsverhalten befragt, davon etwa 40.000 in Berlin und 4.200 im Bezirk Mitte. Die Ergebnisse sind inzwischen veröffentlicht.

Die Forschenden interessierte dabei vor allem die Frage, welche Verkehrsmittel die Befragten benutzen und wie hoch in etwa deren Anteil an den Verkehrswegen ist. Die meisten Wege, so das Ergebnis, legt man in Mitte zu Fuß zurück, wobei sich der Anteil seit der letzten Befragung fünf Jahre zuvor von 33,6 % auf 36,2 % zwar nicht dramatisch, aber dennoch deutlich erhöht hat. Insbesondere zum Einkaufen, für die Freizeit bzw. die Inanspruchnahme von Dienstleistungen wird fast die Hälfte der Wege zu Fuß zurückgelegt, der Fußweg zu anderen Verkehrsmitteln wurde dabei nicht mitgezählt. Mit dem Auto zum Einkaufen fahren dagegen nur noch 11 % der Mitte-Bewohner (statt 13,4 % fünf Jahre zuvor). Wir sollten uns also langsam mal überlegen, was wir mit den Parkplätzen und Parkhäusern an unseren Shoppingcentern und Supermärkten in Zukunft eigentlich anfangen wollen.

Auf dem zweiten Platz der Verkehrswege rangiert der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Dessen Anteil von 31 % hat sich in den vergangenen fünf Jahren kaum verändert, er liegt in Mitte nach wie vor deutlich über dem Durchschnitt von Berlin (26,2 %), was angesichts des dichten

ten ÖPNV-Netzes in der inneren Stadt keinen verwundern sollte. Im Zeitraum der Befragung stieg die Ausstattung der Bevölkerung mit Dauerfahrkarten übrigens erheblich, im zweiten Halbjahr 2023 nutzte schon fast jeder Dritte das damals neu eingeführte Deutschlandticket, gleichzeitig ging die Nutzung von Fahrkarten zum Abstempeln um etwa ein Drittel zurück.

Anders als in der Gesamtstadt Berlin folgt in Mitte in der Rangliste jetzt schon das Fahrrad. Für mehr als jeden fünften Verkehrsweg (22,4 %) wird es in unserem Bezirk genutzt, in der Gesamtstadt dagegen nur durchschnittlich zu 17,9 %. In ganz Berlin nutzt man stattdessen für 21,8 % der Wege das Auto – in Mitte dagegen nur für 10,4 %. Wie schon in der Ecke 2/25 berichtet: Nur jeder dritte Haushalt im Hauptstadtbezirk verfügt überhaupt über einen PKW. Die Nutzung des Fahrrads hat sich im Vergleich zu 2018 jedoch nur wenig erhöht (um 0,4 %). Die meisten neuen Radstreifen und Fahrradstraßen im Bezirk sind freilich erst im Jahr 2023 oder später entstanden und können noch keinen großen Einfluss gehabt haben. Die Studie liefert dennoch gewichtige Argumente für den Ausbau des Radwegenetzes.

Erhoben wurden nämlich auch Daten zum Einkommen der Befragten, was es ermöglichte, die Ergebnisse nach ökonomischem Status zu differenzieren. Das Ergebnis dürfte einige überraschen: Denn obwohl das Fahrrad ja ein extrem kostengünstiges Fortbewegungsmittel ist, nutzt es das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigen Einkommen vergleichsweise wenig. Nur 15,9 % der Wege werden in dieser Gruppe im Bezirk Mitte mit dem Fahrrad zurückgelegt. Fast doppelt so hoch aber ist der Anteil beim »oberen« Fünftel der Befragten mit dem höchsten zur Verfügung stehenden Einkommen: Hier liegt er bei 29,8 % und damit weit über dem des motorisierten Individualverkehrs. Fast jeder dritte Weg wird also vom wirtschaftlich stärksten Teil der Bevölkerung in Mitte per Rad zurückgelegt, mit dem Auto aber nur jeder zehnte. Der Einzelhandel im Bezirk wäre somit gut beraten, sich mehr um Abstellplätze für Fahrräder und Lastenräder zu kümmern anstatt um Stellplätze für PKW.

Ein schickes Lastenrad auf dem Hof verleiht im Hauptstadtbezirk offenbar inzwischen mehr soziales Prestige als eine Luxuskarosse aus Stuttgart oder München in der Tiefgarage. Das sollte den für die Verkehrspolitik Verantwortlichen im Senat zu denken geben. Denn die Wirtschaftskraft der Stadt (und damit auch ihr Steueraufkommen) hängt ja maßgeblich von der Attraktivität Berlins für junge, hochqualifizierte Fachkräfte aus allen möglichen Weltregionen ab, wie sie das Zentrum der Stadt bevölkern. Und offensichtlich liegen diesen neuen urbanen Eliten geschützte Radstreifen und Fahrradstraßen sehr viel mehr am Herzen als weitere Schnellstraßen und Stadtautobahnen. cs

Ausführliches Datenmaterial zur Studie findet sich auf der Website der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt: www.berlin.de/sen/uvk/mobilitaet-und-verkehr/verkehrsdaten/zahlen-und-fakten/mobilitaet-in-staedten-srv-2023

Kampfansage an den Müll

Bezirk Mitte startet Kampagne »Mitte macht sauber«

Da bekommt das Wort »Schmutzkampagne« eine ganz neue Bedeutung: Das Bezirksamt Mitte wird mit der Kampagne »Mitte macht sauber« aktiv. Den Auftakt bildete ein »Müllgipfel« im Soldiner Kiez, zu dem Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger bereits im Sommer letzten Jahres eingeladen hatte. Ziel der Veranstaltung war es, mit unterschiedlichen Akteuren – Nachbarschaft, Gewerbetreibende, die Verwaltungen des Bezirks Mitte und der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Umwelt und Klima, die Entsorgungsbetriebe BSR und ALBA sowie Immobilienverwaltungen – die Probleme zu erörtern und Lösungsstrategien zu entwickeln.

Denn darüber dürften sich alle einig sein: Die Stadt insgesamt hat ein veritables Müllproblem und Mitte ist als ein zentraler und auch touristisch stark frequentierter Bezirk davon besonders betroffen. Ob illegal abgeladener Sperrmüll, Fastfoodverpackungen und To-Go-Becher, ob an Zäune gehängte Lumpen und Krempel, der vornehm mit »Zu verschenken«-Feigenblättchen versehen ist, ob Wohlstandsmüll oder Hinterlassenschaften der Drogenszene: rund 80 Prozent aller Beschwerden, die das Bezirksamt Mitte erreichen, drehen sich um Müll. Die BSR und die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter kämpfen jeden Tag aufs Neue mit der Abfallflut.

Inzwischen gibt es auch zahlreiche Angebote und ehrenamtliche Initiativen, die sich für ein sauberes Umfeld einsetzen. Doch oft wissen Bürgerinnen und Bürger nicht, wo sie Unterstützung bekommen oder wie sie selbst aktiv werden können. Der Bezirk Mitte hat deshalb eine neue Webseite eingerichtet, die bestehende Angebote sichtbar macht und Orientierung schafft: www.berlin.de/ba-mitte/service/dienstleistungen/mittemachtsauber. Von Informationen zur Müllvermeidung über Sperrmüllabholung und die BSR-Kieztage bis hin zu Tauschaktionen und Repaircafés werden hier hilfreiche Infos an einem Ort gebündelt. Die neue Internet-Plattform soll aber nicht nur informieren, sondern auch den Austausch und die Zusammenarbeit stärken. Im Idealfall vernetzen sich dann Bürgerinnen und Bürger, lokale Unternehmen, Verwaltung und Entsorgungsbetriebe, um nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Auf der Website wird auch auf konkrete Maßnahmen hingewiesen: u.a. die Termine und Orte der nächsten BSR-Kieztage, bei denen man Sperrmüll entsorgen und gut Erhaltenes tauschen und verschenken kann. Ein Veranstaltungskalender informiert über die nächsten konkreten Termine. So steht beispielsweise am 27. Juli von 14 bis 17 Uhr ein After-CSD-Cleanup im Großen Tiergarten an, organisiert von wirBERLIN. Es gibt auch einen Link zur Zero-

Waste-Agentur, die zusammen mit der BSR gerade den Wettbewerb »Zero Waste Award in Wohnquartieren« ausgelobt hat – dabei werden kreative Ideen zur Abfallvermeidung gesucht.

Auf einer Bezirkskarte sind Initiativen und Orte verzeichnet, die sich mit Recycling, Zero Waste oder Müllbeseitigung befassen. Über entsprechende Links kann man sich weiter informieren und findet vielleicht auch Orte, wo man sich selbst engagieren kann – oder wo man Dinge tauschen, reparieren, verschenken, teilen oder kostenlos erhalten kann, um Ressourcen zu schonen und Müll zu vermeiden.

Im März unterzeichneten der Senat und der Bezirk Mitte eine gemeinsame Zielvereinbarung zum Thema »Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum«, die zunächst bis zum 31. 12. 2025 befristet ist. Der Bezirk erhält Sachmittel in Höhe von 20.000 Euro, um Präventionsstrategien und konkrete Maßnahmen entwickeln und umsetzen zu können. Zudem wurden im Bezirk zwei befristete Stellen für sogenannte »Waste Watcher« geschaffen, die an bekannten Müll-Hotspots Kontrollen durchführen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Bekämpfung von Kleinstablagerungen wie Hundekot und Zigarettenskippen sowie größeren Ablagerungen wie Sperrmüll und Gewerbeabfällen. Darüber hinaus sind Präventionsmaßnahmen im Rahmen von Schulbesuchen und anderen öffentlichen Veranstaltungen geplant, um über die Auswirkungen von illegalem Müll im öffentlichen Straßenland aufzuklären.

Last but not least sei noch eine wichtige Adresse erwähnt, nämlich die Website der Berliner Ordnungsämter, die man sich auch als App aufs Handy holen kann: Unter ordnungsamt.berlin.de kann man illegalen Sperrmüll im öffentlichen Raum melden, aber auch Lärm und sonstige Störungen in Parks oder auf Grünflächen, Straßen. Außerdem gibt es Links, über die man defekte Ampeln oder Straßenbeleuchtung melden kann. Allein für die ersten Junihälfte zeigte die Seite den Eingang von fast 17.700 Meldungen an. Am 21. November wird der nächste Müllgipfel stattfinden. Bis zum 31. Juli läuft online eine Umfrage zum Müllgipfel: www.mein.berlin.de us



Ch. Eckelt

Nachrichten aus dem Bezirk

Haushaltssperre für den Bezirk Mitte

Ende Mai hat das Bezirksamt Mitte eine Haushaltssperre verhängt. Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger begründete den Schritt damit, dass »die bisher von allen Geschäftsbereichen in Angriff genommenen Sparmaßnahmen nicht ausreichen, um die Einsparvorgabe (sogenannte Pauschale Minderausgabe) für 2025 zu erfüllen.« Die vom Senat vorgegebene Einsparungssumme habe sich von ursprünglichen rund 13 Mio. Euro durch verschiedene Fortschreibungstatbestände auf rund 20 Mio. Euro erhöht. Untersetzt werden konnten bisher jedoch nur rund 11 Mio. Euro. Vor diesem Hintergrund hat der Bezirk mit sofortiger Wirkung haushaltswirtschaftliche Beschränkungen verhängt, die das bereits verstärkte Prozess- und Kostencontrolling im Bezirksamt sowie Entscheidungsprozesse über strukturelle Einsparungen ergänzen sollen. Strukturelle Einsparungen werden allerdings erschwert, weil durch die Entscheidungsspielräume durch die gesetzlichen Pflichtaufgaben der Bezirke und zahlreiche Vorgaben des Senats insgesamt stark eingeschränkt sind. Beispielsweise bestünden für die vom Senat geforderten Flächeneinsparungen u.a. große Hindernisse durch Streichungen bei der dafür notwendigen Digitalisierung von Landesseite.

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger: »Nachdem wir schon das Jahr 2024 mit einem leichten Minus abgeschlossen haben und die Herausforderungen für die kommenden Jahre erkennbar weiter steigen, setzen wir als Bezirksamt alles daran, unseren Haushalt weiter auf Effizienz zu trimmen und die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben. Unser Ziel ist, unsere Dienstleistungen für die Bürger*innen möglichst gut aufrecht erhalten zu können. Dazu gehören unsere Angebote im Kultur-, Kinder-, Jugend- und Sozialbereich sowie für Seniorinnen und Senioren genauso wie etwa die Bürgerdienste und die Grünflächenpflege, die allen Menschen zugutekommen.«

LSI – Zweiter Förderaufruf für lokal-sozial-innovative Projekte gestartet

Das Förderprogramm LSI – Lokal-Sozial-Innovativ geht in die nächste Runde: Träger mit innovativen Ideen zur Lösung lokaler sozialer Herausforderungen können sich jetzt auf eine Förderung bei der Investitionsbank Berlin (IBB) bewerben. Gefördert werden sogenannte Entwicklungsprojekte mit bis zu 50.000 Euro für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten mit Projektstart ab dem 1. November 2025. Ziel der Entwicklungsprojekte ist es, neue Ansätze zu erproben, die den Zugang zu Beschäftigung und soziokultureller Teilhabe benachteiligter Menschen unterstützen und konkrete Bedarfe im Kiez adressieren. Die Frist für

Projektanträge ist der 31. Juli 2025. Erweist sich das Konzept als tragfähig, kann ein Modellprojekt mit einer Anschlussförderung von bis zu 300.000 Euro über 24 Monate umgesetzt werden.

Für die Antragstellung ist es zwingend erforderlich, dass sich interessierte Träger zunächst mit der Geschäftsstelle des BBWA – gleichzeitig die Europabeauftragte des Bezirks Mitte – in Verbindung setzen. Anschließend wird gemeinsam mit dem zuständigen Fachbereich im Bezirksamt geprüft, ob ein konkreter lokaler Bedarf für das Projektvorhaben besteht. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt ist Voraussetzung für die Umsetzung. Weitere Informationen sowie der Antrag sind auf der Internetseite der Investitionsbank abrufbar: www.ibb.de/de/foerderprogramme

Bezirk fördert 29 Projekte des ehrenamtlichen Engagements

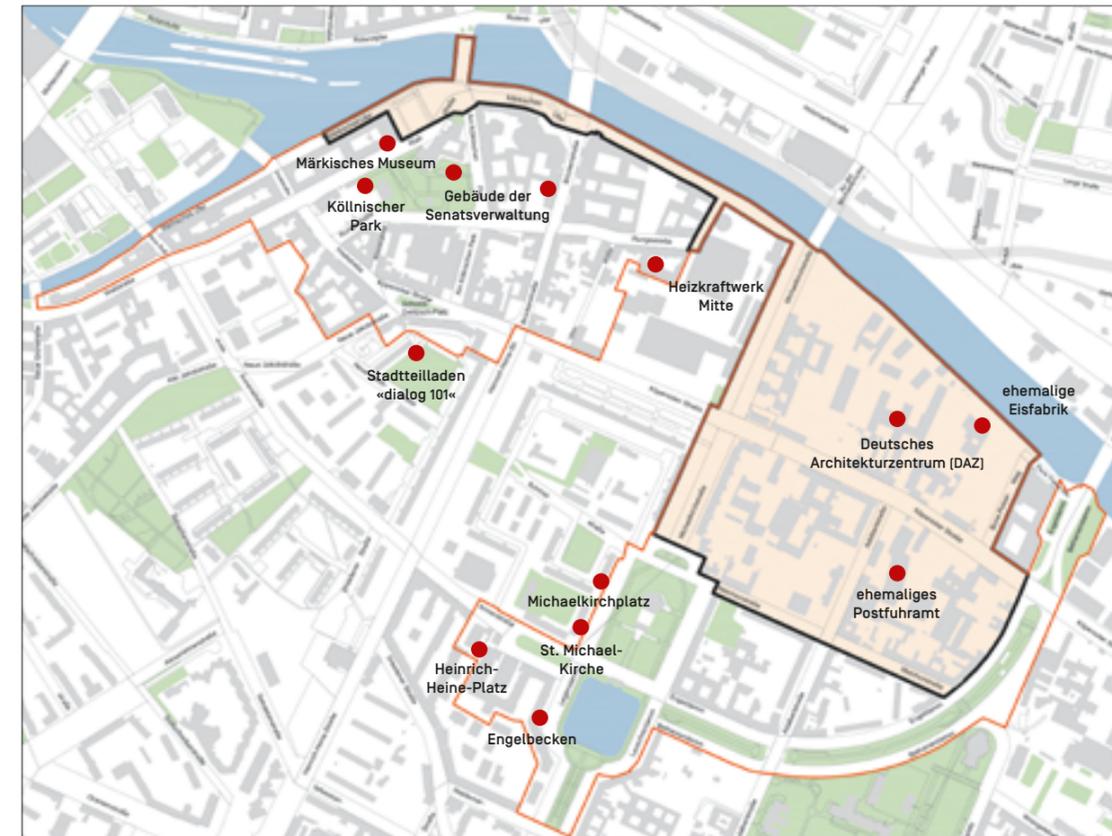
Das Bezirksamt fördert auch in diesem Jahr Projekte des ehrenamtlichen Engagements mit insgesamt 64.800 Euro. Die Mittel wurden von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen mit dem Ziel zur Verfügung gestellt, Bewohnerinnen und Bewohner bei der Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in der Nachbarschaft zu unterstützen und das freiwillige Engagement in Nachbarschaften zu stärken.

Die Förderung erfolgt durch die Übernahme von notwendigen Sachkosten in unterschiedlichen sozialen Bereichen, wie Schulen, Einrichtungen der Stadtteilarbeit, Sportvereine und soziale Initiativen.

Im Rahmen des FEIN-Programms werden 2025 insgesamt 29 ehrenamtliche Initiativen und gemeinnützige Projekte in Berlin gefördert, u.a. ein Sprachcafé für Wohnungslose, ein LGBTQIA+ Gemeinschaftsgarten, die Begrünung eines Kita-Innenhofs sowie ein Open-Air-Kino im Garten von SINEMA TRANSTOPIA. Auch Maßnahmen wie der Bau einer Garage für ein Football-Vereinsgelände oder die Gestaltung öffentlicher Grünflächen wurden mit Zuwendungen von bis zu 3.500 Euro unterstützt.



Ch. Eckert



Sanierungsgebiet
Nördliche
Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
Tel 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Tel 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Roland Bleckmann
roland.bleckmann@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Referat IV C – Stadterneuerung
Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin
Johanna Maske (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
johanna.maske@senstadt.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Ramona Tucholski, Tel 33 00 28 45,
luisenstadt@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de
Sprechstunde: Dienstag 14–18 Uhr
im Stadtteilladen »dialog 101«

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadtteilladen »dialog 101«
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: montags 13–17 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten
Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Stadtteilladen »dialog 101«
Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 499 08 44 16
www.mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

BBB

Es ist wie ein Ohrwurm, den man nicht loswird, irgendein fürchterliches Lied, das man gern vergessen würde, das sich aber unerbittlich immer wieder einschleicht. Seit Wochen geht mir eine Wortkombination nicht aus dem Schädel, die mit BBB abgekürzt wird. Die Rede ist nicht von den Berliner Bäderbetrieben, sondern von einer Schöpfung des großen orangenen Onkels aus Amerika. »BBB« steht für »Big Beautiful Bill«, zu Deutsch das »Große schöne Gesetz«. Damit ist nicht etwa die Verfassung gemeint, sondern Onkels neues Haushaltsgesetz, das er durchsetzen will und das sicher very big ist, aber vor allem ziemlich heavy ökonomischen Sprengstoff birgt.

Aber hey – darauf muss man erstmal kommen, sowas einfach das »Große schöne Gesetz« zu nennen. Das muss doch Franziska Giffey ziemlich wurmen, dass Ihr prima »Gute-Kita-Gesetz« jetzt noch getoppt wird.

Dabei haben wir doch schon gewaltige Fortschritte gemacht. Ich meine, früher hießen Gesetze in Deutschland »Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaftsgesetz« oder »Vermögenszuordnungszuständigkeitsübertragungsverordnung« oder »Grundstücksverkehrsgenehmigungszuständigkeitsübertragungsverordnung« (die allerdings nur vier Jahre in Kraft war, also außer Konkurrenz läuft). Dagegen nahm sich das »Finanzmarktstabilisierungsförderungsgesetz« nahezu simpel aus. Den Rekord schaffte das berühmte »Rindfleischetikettierungsüberwachungsaufgabenübertragungsgesetz«, das angeblich mit seinen 63 Buchstaben das längste Hauptwort

der deutschen Sprache sein soll, aber vermutlich inzwischen von noch schöneren und noch längeren Wortgirlanden übertroffen wird. Weil niemand solche Ungeheuer ernsthaft ausschreiben mag, lag es natürlich nahe, mit Abkürzungen zu arbeiten. Das Ergebnis waren kryptische Kürzel, mit denen man viele gesellige Rätselabende gestalten kann. Was etwa verbirgt sich wohl hinter BDGBIBBBMinBFAnO? Oder SozSichAbkÄndAbk2ZAbkTURG?

Dass das irgendwie nicht sehr nutzerfreundlich ist und auch wenig Freude an Politik zu wecken vermag, dämmerte irgendwann auch der GroKo (also der vor der Ampel und der KleiKo), in der bekanntlich Franziska Giffey eine Zeitlang Familienministerin war. Ihr »Gute-Kita-Gesetz« blieb nicht lange allein – prompt folgten das »Starke-Familien-Gesetz«, die »Respekt-Rente« sowie das »Baukindergeld« (bei dem man unwillkürlich an bunte Legosteine oder an Spielgeld denkt) und später das »Schneller-Bauen-Gesetz«.

Dieser Ansatz ist natürlich weiter ausbaufähig, sogar in den Naturwissenschaften. Man könnte das Newtonsche Gravitationsgesetz einfach in »Fällt-runter-oder-nicht-Gesetz« umbenennen, der Energieerhaltungssatz wäre dann das »Nix-weg-Gesetz«. Das macht den Physikunterricht gleich viel einfacher.

Wirklich revolutionär wäre es allerdings, auch die von Juristen verfassten Gesetze nach ihrer tatsächlichen Wirkung zu benennen. Dann könnte das schöne neue Berliner Landesorganisationsgesetz (gemeinhin als Verwaltungsreform bekannt) den Namen »Im Zweifel-entscheidet-immer-der-Senat«-Gesetz erhalten. Die StVO würde als »Heiliges-Blechle«-Gesetz viel netter und dennoch ehrlich klingen, und der §5 WiStG (Wirtschaftsstrafgesetz), also der Paragraph gegen Mietwucher, könnte einfach »Papiertiger-Paragraf« heißen.

Das Problem ist nur, dass man mit Ehrlichkeit eher selten Wahlen gewinnt.